

Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzelnummer 25 Pf. Durch Verträge 1,40 Mk. für die Woche, 4,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Verlagsdruckerei: „Sozialistischer Verlag“ e. V. m. b. H., Berlin. Preisveränderung: Ring Nr. 2027.

Mittwoch, den 29. Juni 1921

Anzeigenpreis: Die 8 Spalten Witterungspreis oben oben Raum 0,80 Mk. monatlich 2,50 Mk. Einmalige Anzeigenpreise, Familienanzeigen, Verträge und Werbeanzeigen 0,60 Mk. Reklam: Die Witterungspreis, 8 Spalten oben oben Raum im 1. u. 2. Bl.

Der preussische Polizeietat.

Sieben volle Tage wurde im Hauptausschuß des Preussischen Landtages gekuhandelt um den sogenannten Etat des Innern, der in Wirklichkeit nichts weiter ist als ein Polizeietat.

Von den 3 Milliarden 169 Millionen 472 Tausend Mark laufenden Ausgaben erfordert die Schutzpolizei 1 Milliarde 953 Millionen Mark (mit den Hunderttausenden wollen wir gar nicht rechnen) ordentliche und 551 Millionen außerordentliche Ausgaben. Zusammen also über 2 1/2 Milliarden, d. i. über fünf Sechstel der Gesamtsumme. Aber von dem Restfünftel ist gleichfalls noch ein beträchtlicher Teil zu Polizeizwecken vorgesehen. Die staatliche Polizei erfordert 280 und 10 zusammen 290 Millionen Mark. Der famose Kommissar für die öffentliche Ordnung kostet 929 Tausend Mark. Die Landräger erfordert 156 und 9 zusammen 165 Millionen Mark. Dazu kommen noch Polizeischulen, Polizeihundezuchtanstalten, und für „Allgemeines“ weitere Millionen. Was bleibt da noch für die paar Kulturaufgaben, die die wirkliche Verwaltung des Staates darstellen, übrig? Troßdem wird noch überall gespart. Jede Rede der Regierungsvertreter fing damit an, „wir müssen sparen“, „wir befinden uns in katastrophaler Finanzlage“ und was dergleichen schöne Redensarten mehr sind. Über für die Polizei ist nichts zu teuer. Troßdem wir nun gegen die Polizeieinrichtungen selbst sind, haben unsere Vertreter im Landtag doch versucht, die Lage der unteren Beamten nach jeder Richtung hin zu verbessern, insbesondere in Anbetracht dessen, daß für die Offiziere das Geld mit vollen Händen hinausgeworfen wird.

Daß unsere Anträge abgelehnt wurden und größtenteils auch die Zustimmung der Mehrheitssozialisten nicht fanden, ist ja nach deren bisherigen Verhalten nicht verwunderlich. Wir beantragten: Alle Beamtengehälter der Gruppe 1 bis 7 zu streichen, und diese Beamten als Gruppe 8 einzustufen, da erst ab dieser Gruppe das Existenzminimum gewährleistet ist. Ferner alle Einzelgehälter der Oberbeamten und des Ministers zu streichen und in die Gruppen bis A 13 einzugliedern. Auch unser Antrag: Alle Aufwandsentschädigungen, Erhaltungskosten für Möbel und ähnliche Dinge zu streichen, fand keine Gnade bei der Majorität. Bei den Einzelpositionen nahmen unsere Vertreter Geschenke und Könige mehrfach Gelegenheit, neugierig nach Art der Verwendung, Lieferung des Nachweises des Verbrauches der Gelder zu fragen. Nicht immer waren die Herren am Regierungstische geneigt, darauf zu antworten. Wir hoffen, daß der Herr Minister bis zur Plenarberatung noch die Ueberzeugung seiner Auskunftsspflicht gewinnt. Diese Reugterde bei den Einzelpositionen war mehr wie berechtigt, wozu braucht die Gips im neuen Jahr für 208 Millionen Mark Waffen, Nahkampfmittel, Munition usw. Wozu 112 Millionen Mark zur Pferdehaltung? Wozu sind 35 Millionen Mark für Nachrichtenwesen erforderlich? Sollten sich da nicht auch die Erkundigungen über unliebame Personen befinden, unter denen man ja nur Kommunisten versteht? Die Erklärungen der Regierung, daß es sich hier um „Telephon“ und „Telegraphenstationen“ handelt, fand wenig Glauben.

Unsere prinzipiellen Anträge:

1. Die staatliche Polizeiverwaltung wird aufgelöst, und auf die Kommunen übertragen.
2. Die Schutzpolizei wird aufgelöst.
3. Die politischen Abteilungen bei der Polizei sind aufzulösen.
4. Die Sitzpolizei ist aufzulösen. Ihre Obliegenheiten sind kommunalen Pflege- und Wohlfahrtsämtern zu übertragen.
5. Die Polizeimannschaften haben unbewaffnet Dienst zu tun.

Alle diese Anträge fanden natürlich nicht die Mehrheit. Meist stimmten nur die Vertreter der USPD mit uns. Der Antrag 5 wurde auch von der USPD abgelehnt. Sie können sich unbewaffnete Polizeibeamte schon gar nicht mehr vorstellen. Bezeichnend ist auch die Stellung des Zentrums, der auch unsern Antrag 4 ablehnt, obwohl es bei jeder Gelegenheit über den Verfall der Sittlichkeit und die zunehmende Verrohung der Jugend zerrt. Sobald es sich aber um Abhilfe handelt, dann kennen sie nur den roten Polizeiknüppel. Recht bezeichnend ist die Stellung der SPD zu unserm Antrag: „Alle Ausgaben für die politische Geheimpolizei (Spitzelwesen) sind verboten.“ Sie stimmten dagegen. Einem weiteren Antrag unserer Partei, „das Ehrenrecht zu modernisieren“, stimmte von der SPD nur Seimann zu. Ist das nun ein Versehen oder persönliche außerparteiliche Einsicht?

Nachdem so sechs Tage debattiert und viele, ach so viele Worte gegen das bisherige Polizeiregiment gesagt worden waren, kam dann am siebenten Tage die Entscheidung, in der, abgesehen von den Vertretern der SPD und USPD, alle anderen Parteien dem Etat zustimmten. Unsere Fraktion wird die abgelehnten Anträge natürlich im Plenum wiederholen, und wenn dann der Herr Minister hier ebenfalls nicht geneigt ist, Rede und Antwort zu stehen, soll wenigstens die große Öffentlichkeit erfahren, wach eine von Tag zu Tag zunehmende Polizeifaschade in Preußen-Deutschland herrscht.

Troßki über die Weltkrise.

Die zweite Sitzung des Moskauer Kongresses.

Moskau, 23. Juni.

Die zweite Sitzung des Kongresses der Kommunistischen Internationale fand im Kreml statt. Nach den Wahlen des Sekretariats erstattete Troßki einen Bericht über die Krise des Weltwirtschaftswesens und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale. Die Bourgeoisie unterschätzt ihre Kräfte ungeachtet dessen, daß der Kommunismus in kleinen zerstreuten Gruppen zu einer gewaltigen Massenbewegung geworden ist. Die Bourgeoisie läßt sich jetzt nicht mehr so stark von der Weltgefahr des Kommunismus beherrschen, wie im Jahre 1919. Die sozialdemokratischen Parteien und die USA sind zum engen Bündnis mit der Amsterdamer Internationale des Gewerkschaftsbundes, mit der 2. und 2 1/2 Internationale gekommen. Troßki zeigt an dem Beispiel von Amerika, Deutschland, Norwegen, Frankreich und England, daß die revolutionäre Bewegung nach dem Kriege einen in der Geschichte bisher unbekanntem Aufschwung genommen hat. Die Arbeiter stehen vor der Frage, was für eine Periode jetzt folgt, ob es zu großen politischen Erschütterungen und Kämpfen kommen wird, oder zu einer Periode der Wiedereinführung des Kapitalismus. Troßki führt eine Menge von Tatsachen an, die den wirtschaftlichen Zerfall in den wichtigsten Ländern des Kapitalismus anzeigen und ein Bild der Weltkrise des Kapitalismus zeigen. Frankreich hält sich jetzt nur noch dadurch aufrecht, daß es Deutschlands Kolonien ausraubt. England fängt an, seine Weltbedeutung zu verlieren. Amerika und Japan haben sich auf Kosten der Arbeiter bereichert. Japan hat sich den Krieg zu Nutze gemacht, obwohl seine Entwicklung einen militärischen Charakter zeigt; auch die Armeen betragen 2 400 000 Mann.

Während des Krieges, während der Zeit der größten Anstrengungen, zählte die russische Rote Armee mehrere Millionen. Ein Viertel der Roten Armee bestand aus qualifizierten Arbeitern. Wenn die russische Industrie eigene Bedarfsgegenstände zur Verfügung gehabt hätte, so könnte sie im Vorkriegstempo arbeiten, ja, sie könnte sogar die Friedensproduktion überholen. Der zeitweilige Aufschwung im Wirtschaftsleben, der nach dem Kriege ausbrach, bedeutet nicht, die Gefahr der Revolution sei für die Bourgeoisie überstanden. Nach dieser Krise wird eine Epoche revolutionärer Entwicklung kommen. Augenblicklich bestehen die kräftigsten sozialen Gegenkräfte, und deshalb geht die Verschärfung des Klassenkampfes mit großen Schritten vorwärts. Augenblicklich haben wir es nicht mit einer Arbeiterklasse zu tun, sondern mit einer Menge von Arbeiterklassen, die durch den Krieg entstanden sind. Troßki sagt weiter: Am Anfang der politischen Klassenbewegung schreitet die Großbourgeoisie, die Kleinbourgeoisie folgt ihr. Wenn es dem Proletariat gelungen sein wird, das Kleinbürgertum zu sich herüber zu ziehen, wird das Kleinbürgertum die mittlere Position ausüben. Das Proletariat steht vor immer größer werdenden Widerständen. Es sind zum Teil kriegerische Zusammenschlüsse, außerdem ist ein immer zunehmender Zerfall der Industrie zu verzeichnen.

Eröffnung des Kongresses der Dritten Internationale.

Moskau, 23. Juni.

Der dritte Kongreß der Kommunistischen Internationale wurde heute im Großen Theater durch eine Massenversammlung und ein Konzert, bei dem Schaljapin mitwirkte, eröffnet. Anlässlich der Eröffnung des Kongresses widmen „Iskwestia“, „Pravda“ sowie die anderen Organe die ganze erste Seite der Begrüßung der Delegierten der arbeitenden Massen der Welt und heißen sie im roten Moskau willkommen. Der Aufhängerraum des Moskauer Großen Theaters ist überfüllt. Im Parterre und in den Logen sitzen die Delegierten des Kongresses. Oben sitzen die Vertreter des Moskauer Proletariats. Man hört Geplätsche in allen europäischen und asiatischen Sprachen. Jetzt erscheinen auf der Bühne die Mitglieder des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.

Sinowjew erklärt den Kongreß für eröffnet. Unser erstes Wort — beginnt Sinowjew seine Rede — sei den im Kampfe für den Kommunismus gefallenen Genossen gewidmet. In Berlin wurde Genosse Selt begraben, in der Türkei hat eine Gruppe der aktivsten Kommunisten ihr Leben eingebüßt. In Italien vergeblich kein Tag, ohne daß der weiße Terror nicht seine Opfer fordert. Die deutschen Genossen haben in den Märztagen viele Hunderte ihrer besten Genossen verloren. Auch unter den Teilnehmern des zweiten Kongresses gibt es Opfer zu beklagen. Eine Gruppe französischer und griechischer Genossen, die durch den Gordon der Bourgeoisie hindurch in ihre Heimat wollten, hat dies mit dem Leben bezahlen müssen.

Die Feinde des Kommunismus weisen auf die Ereignisse in Italien, der Tschechoslowakei und Deutschland hin und sagen, daß die Kommunistische Internationale eine Niederlage erlitten hat. Wir meinen aber, daß solche Erscheinungen unvermeidlich sind. Die lange Kette des Kampfes der Arbeiterklasse besteht aus solchen Erscheinungen. Auch wir konnten sie hier in Russland, aber hier hat zum Schluß die revolutionäre Bewegung die Oberhand bekommen. Die Kämpfe des letzten Jahres haben zweifellos ein Schritt vorwärts. Der Kapitalismus durch-

lebt eine schwere Krise. In Europa und in Amerika gibt es Millionen Arbeitslose.

Der Streik der englischen Bergarbeiter ist ein Beispiel für die Ausdauer der Arbeiter und wird trotz des Verrats der Führer schon viele Wochen lang fortgesetzt. Heute haben wir die Nachricht von neuer Streiks in Italien erhalten, auch in Bayern fand unlängst ein dreitägiger Streik statt.

Im letzten Jahre ist unsere Partei stark gewachsen, an der letzten Kongreß nahm nur eine kleine Gruppe französischer Delegierter teil, jetzt vertreten die französischen Delegierten eine Partei, die 120 000 Mitglieder zählt; auch aus der Tschechoslowakei können wir anstatt einiger weniger Delegierter die Vertreter einer Partei von 400 000 Mitgliedern bei uns begrüßen. Die englische und die amerikanische Partei haben jene Einigung vollzogen, die ihnen die Möglichkeit bietet, geschlossen aufzutreten.

Der weiße Terror kann unsere Partei nicht vernichten und ihr unaushaltbares Wachstum nicht aufhalten.

Wir brauchen keine Opportunisten.

Anstatt der vorjährigen Vertreter der italienischen Sozialisten sind jetzt die Delegierten der jungen kommunistischen Parteien Italiens in unserer Mitte. Es ist für uns besser, daß wir uns dort von allen zentristischen und reformistischen Führern freigemacht haben, und der Tag ist nicht mehr fern, wo alle italienischen Arbeiter in unseren Reihen stehen werden. Im vorigen Jahre kamen die Vertreter der deutschen rechten Unabhängigen, um sich an uns anzuschließen, damit sie dann unsere Arbeit von innen heraus sabotieren könnten. Als wir davon nichts wissen wollten, haben sie die 2 1/2 Internationale gegründet, die alle schwankenden Elemente in sich vereinigte. Diese Tatsache braucht uns auch nicht zu betrüben. Zur Zeit des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale konnte man noch Zweifel über den Zusammenbruch der gelben Internationale hegen, jetzt ist das Geschick ihres Führers Thomas für die ganze Zweite Internationale charakteristisch. Zur Zeit des letzten Bergarbeiterstreikes hat Thomas die Arbeiter betrogen und ist dann vor ihrer Rache nach Amerika geflohen. Die amerikanischen Arbeiter empfinden ihn aber mit feindseligen Demonstrationen.

Jetzt steht der

Kampf gegen Amsterdamer

auf der Tagesordnung. Der im Vorjahre gebildete internationale Rat der Roten Gewerkschaftsbünde vereinigt bereits mehr als 15 Millionen Arbeiter. Eine große Arbeit steht uns bevor. Wir werden unsere Taktik bestimmen und allen, die das Gift des Zentrismus in unsere Reihen zu tragen suchen, den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen müssen. Wir müssen allen Genossen die innere und äußere Lage Sowjetrusslands barlegen. Der Haß der Bourgeoisie umgibt unseren Kongreß wie eine Mauer. Die politische Presse berichtet voll Freude, daß nur eine kleine Anzahl von Delegierten zu dem Kongreß eingetroffen ist. In der Tat sind aber Tausende von Delegierten anwesend, die 48 Länder vertreten. Noch nie waren so viele Vertreter der Länder des Ostens bei einem Kongreß anwesend. Zum Schluß seiner Rede begrüßt Sinowjew die Delegierten, die zu dem Kongreß der Kommunistischen Jugendinternationale eingetroffen sind, und schließt unter einem Beifallssturm mit einem Hoch auf die Weltrevolution und die Kommunistische Internationale.

Das Präsidium des Kongresses der Kommunistischen Internationale.

Sinowjew wurde einstimmig zum Präsidenten gewählt. Zu Vizepräsidenten wurden gewählt: Loriot-Frankreich, Roenen-Deutschland, Genari-Italien, Kolaroff-Bulgarien.

Genosse Zschisch macht den Vorschlag, Lenin, Troßki, Kader und die in den Gefängnissen schmachtenden Genossen Muna und Brandler zu Ehrenpräsidenten zu wählen. Diese Vorschläge wurden einstimmig angenommen.

Ramenjew sagt, daß die Geschichte es augenscheinlich wolle, daß der Kongreß der revolutionären kommunistischen Kräfte der ganzen Welt in der Hauptstadt jenes despotischen Reiches sich versammelt, das viele hundert Jahre lang in Europa und Asien seine Herrschaft ausübte und wo jetzt das russische Proletariat den viernten Jahrestag seiner Befreiung feiert. 185 Millionen Arbeiter und Bauern sind im Zeichen von Hammer und Sichel vereint. Wir haben jetzt die Spitze aus der Hand gelegt, um den Hammer zu ergreifen, und wir werden zeigen, wie Sowjetrussland sein Wirtschaftsleben einzurichten versteht. Jetzt, da wir zum friedlichen Wirtschaftsleben übergehen, findet der Kongreß der Kommunistischen Internationale statt. Ein Hoch auf unsere lieben Gäste!

Im Namen der Kommunistischen Partei Frankreichs begrüßt Baillant Conturier die russische Rote Armee. Die französischen Genossen, die jetzt während des kapitalistischen Krieges gelernt haben, mit den Waffen umzugehen, sind bereit, sich der Armee der Weltrevolution anzuschließen. Wenn die französische Revolution ausbricht, wird die russische Rote Armee ihr in ihrem Kampf zu Hilfe eilen.

Der älteste Kommunist Deutschlands, einer der Teilnehmer von Zimmerwald, Föhlisch, begrüßt Sowjetrussland als die Feste der Weltrevolution. Die deutschen Kommunisten erwarten, daß dieser Kongreß in der vom 3. Kongreß der Kommunistischen Internationale festgesetzten Linie fortzuschreiten wird. Der Kommunismus hat es verstanden, sich vom rechten Flügel zu befreien, der immer mehr und mehr zeigt, daß er auf die Seite der Vertreter der Arbeiterklasse übergegangen ist. Die Partei der deutschen Kommunisten ist bereit zu kämpfen, bis der letzte Sieg errungen ist. Wägen die Sozialpatrioten ihre Ausnahmegerichte oder Sondergerichte verneinen so viel sie wollen, dem Proletariat sind die Augen aufgegangen, es strömt zu den Fahnen des Kommunismus.

Den Kongreß im Namen der italienischen Kommunisten begrüßend, erinnert Genari darauf, daß die italienischen Sozialisten, an deren Spitze Terrati stand, dem letzten Kongreß bewußten. Jetzt ist Terrati nicht hier. Er hat die Weltrevolution und die Dritte Internationale betrogen. Das italienische

Noch einmal das Massenverbrechen von Mont Cenis!

Der parlamentarische Untersuchungsausschuss will vertuschen — Das kapitalistische System als Massenmörder

Der vom Reichstag eingesetzte parlamentarische Untersuchungsausschuss hat sich an den Ort der Berner Grubenkatastrophe begeben, um die „Ursachen“ des entsetzlichen Unglücks festzustellen. Wir haben seine völlige Unbefähigkeit und die Notwendigkeit einer Untersuchung durch die Arbeiterschaft schon dargelegt. Wie recht wir mit unserer Ansicht hatten, beweist folgende Meldung:

Der vom Reichstag eingesetzte Untersuchungsausschuss ist in Solingen angekommen und hat sofort seine Tätigkeit mit der Vernehmung von Zeugen begonnen. Bei der ganzen Untersuchung hat sich bis jetzt als ziemlich höher herausgestellt, daß es sich nicht um eine Kohlenstaubexplosion handelt, sondern um eine reine, nach am eine gemischte; es muß eine reine Kohlenstaubexplosion in Frage kommen. Von den meisten Zeugen wurde bei den Untersuchungen durch den Betriebsrat durch die Bergbaubehörde und durch die parlamentarische Untersuchungskommission in Keberstimmung ausgesagt, daß sie einen auffallend schweren Schuß gehört hätten und daß im Aufbruch daran die typischen Explosionsgeräusche, wie Summen und Dröhnen, aufgetreten seien. Danach scheint das Unglück wahrheitsgemäß durch einen Sprengschuß verursacht worden zu sein, der nicht von den beiden Schmelzern abgegeben worden sein kann, da beide Schmelzer nicht am Explosionsort waren. Verwaltung wie Betriebsrat erklären ferner, daß die Veriefungsanlagen stets vollkommen in Stand gewesen seien.

Man will, wie wir schon ausführten, versuchen, die Schuld einigen untergeordneten Organen zuzuschreiben, und den wahrhaft Schuldigen, die Betriebsleitung, die es verabsäumt die notwendigen technischen Schutzbestimmungen zu beachten, verdecken. Trotzdem kann auch der Untersuchungsausschuss nicht umhin, festzustellen, daß es sich um eine Kohlenstaubexplosion gehandelt habe, die nur durch mangelnde oder gar fehlende Veriefung der Kohlenfelder, und das nicht Vorhandensein der Sicherheitslampen erklärt werden kann, was in jedem Fall ein Verschulden der Betriebsleitung darstellt.

Die Nachricht, daß die Veriefungsanlagen stets vollkommen in Stand gewesen seien zeigt aufs deutlichste die sonderbare Art der Untersuchung. Wir berichteten vor einigen Tagen von der entsetzlichen Mißstände auf Mont Cenis. Das waren Stimmen der dortigen Arbeiterschaft. Die wird kein „parlamentarischer Untersuchungsausschuss“ vertuschen können.

Was sagen diese Herren zu folgenden, von uns gebrachten Enthüllungen?
Es ist festgestellt worden, daß die Veriefung in einzelnen Kevieren (Kevier Schotte) 50 Meter vor Ort bereits aufhörte!

Fest steht auch, daß am Dienstag auf Kevier 12 der Unglückszucht während der ganzen Schicht kein Tropfen Wasser aus dem Rohr kam!

Stellenweise lag der Kohlenstaub 2 Finger hoch!
Die Sicherheitslampen waren in ganz ungenügender Weise vorhanden!

Der Betriebsleitung waren diese Verhältnisse bekannt!

Auf Schacht 2 hat ein Betriebsrat am 23. Mai an 5 Stellen in seinem befahrenen Kevier Feuer (Gas) gemeldet! Der Betriebsführer hat es nicht beachtet! Am 27. Mai hat dieser Betriebsrat erneut angefallene Gas gemeldet. Auch da wollte der Betriebsführer wieder nichts hören. Und als das Betriebsratsmitglied dem Betriebsführer sagte, es müßten wohl erst wieder Massengräber geschauelt werden, da hat dieser Herr ihm das Betriebsführergewehr verboten.

Diese Tatsachen sind auf einer Betriebsräteversammlung in Dortmund zusammengestellt worden. Angesichts solcher furchtbaren Anklagen gegen das kapitalistische System auf Mont Cenis wagt es der parlamentarische Ausschuss, seine lächerliche Untersuchungsmödie auszuführen.

Für die Arbeiterschaft gibt es als Antwort nur folgende Forderungen:

Kostlose Aufklärung über das Unglück unter Kontrolle von Arbeitern!

Verhaftung der wahrhaft Schuldigen; der kapitalistischen Betriebsleitung, die auf solch fahrlässige Art mit dem Leben der Grubenproletarier Schindluder treibt!

Sofortige Einführung von Schutzmaßnahmen für das Leben der Bergarbeiter!

Die parlamentarische Kraft ihn mit seiner Verachtung und Mißachtung zu seinen Feinden. Unter den Arbeitenden Italiens gibt es zurückgebliebene Elemente, die die Unwissenheit des Konproletariats haben, dessen Unfähigkeit ihnen helfen werden, sich zu erheben, und sie veranlassen wird, ihrer Mühsal der internationalen kommunistischen Bewegung gegenüber nachzukommen.

Der Sekretär des französischen Arbeiterbundes, der Kommissar, hat die letzten Jahre der französischen Gewerkschaftsbewegung sehr nützliche Arbeit geleistet. Die Arbeiterbewegung hat sich in Frankreich eine Reihe von Jahren lang als ein mächtiges Element der internationalen kommunistischen Bewegung erwiesen, und sie veranlassen wird, ihrer Mühsal der internationalen kommunistischen Bewegung gegenüber nachzukommen.

Am Namen der kommunistischen Partei erzielte die Arbeiterbewegung in Frankreich ein wirtschaftliches und kulturelles Fortschreiten. Die kommunistische Bewegung ist der einzige Hebel des Fortschrittes für die Menschheit.

Mit großem Interesse hörte der Kongress die Ausführungen des Genossen Torguht. Japan verjagt eine ausgesprochene Staatspolitik im Fernen Osten. Die japanischen Arbeiter machen sich aber nicht und mehr dem Einfluß dieser Reaktionspolitik frei und organisieren sich zum empfindlichen Kampfe. Die japanischen Kommunisten kämpfen gegen die Reaktionspolitik der Regierung.

Im Namen der kommunistischen Jugendinternationale begrüßt Montignone den Kongress. Die kommunistische Jugend kämpft überall gegen den Reformismus und begünstigt die Expeditionen kommunistischer Parteien. In diesen Tagen wird in Moskau der Kongress der Jugendinternationale tagen, bei dem alle Fragen der Jugendbewegung zur Verhandlung gelangen werden.

Nach dem Abgange der „Internationale“ wurde die erste Sitzung des Kongresses geschlossen.

Nach der feierlichen Sitzung am 23. Juni begann der Kongress seine Arbeiten am 24. Juni mit einem Bericht Trotskis.

Reichstag.

(Sitzungsbericht vom Montag, den 27. Juni 1921.)

Ein Antrag auf Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Hülsmann (Komm.) geht an den Verordnungs- und Verwaltungsausschuss. Die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Hülsmann (Komm.) wird nicht erteilt.

Der Haushalt des Reichsministeriums für Wiederaufbau wird ohne Aussprache angenommen. Zum Haushalt des Reichsarbeitsministeriums wird ein sozialistischer Antrag gegen die Rechte angenommen, wonach die aufzubringende 1 Million Mark zum Zwecke der Schaffung der Betriebsräte wieder eingesetzt wird. Der Haushalt des Reichsversicherungsministeriums wird mit einer Entschließung angenommen, den Schiffsfahrts-Gesellschaften, die den Seeverkehr zwischen dem Reich und Österreich vorwiegend, große langfristige Subventionen zu gewähren.

Der Kampf um die Wiedereinführung der schwarz-weißen Fahne.

Es folgt eine lebhafte Debatte um einen Antrag, der von allen bürgerlichen Parteien gestellt ist, die schwarz-rot-goldene Fahne im Besitz der schwarz-weißen Handelskassen wieder zu beleben. Die Reaktion sieht sich hier genug, den Kampf gegen die demokratischen Symbol, die doch nur einen reaktionär-monarchischen Inhalt maskieren, aufzunehmen. Schon in der Nationalversammlung führte die Reaktion einen langwierigen Kampf gegen die Einführung der schwarz-rot-goldenen Fahne. Mit Mühe und Not gelang es damals den vereinigten demokratischen Parteien, in der Handelskassen, die im ganzen schwarz-rot-weiß, ein kleines Feld, ein Teil des gefalteten Reiches schwarz-rot-gold hineinzubringen, als wahres Symbol für die deutsche Republik, die zu 24. Juli nach das alte deutsche monarchische Reich gelassen war. Man soll als echter Fortschritt um die Wiedereinführung der monarchischen Fahne, als allgemeine Fahne der deutschen Republik, wenigstens die Handelskassen wieder schwarz-weiß-rot machen. In diesem Verhalten stellen sich auf die Seite der deutschnationalen Partei nicht nur

alle bürgerlichen Parteien,

sondern es fand sich als Bundesgenosse selbstverständlich auch ein sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer.

Paul Müller, Führer der Seemannsorganisation, ein Führer auch in der sozialdemokratischen Partei ist der Schenkler. Der Antrag wurde schließlich mit 121 gegen 120 Stimmen bei 5 Stimmenthaltenen abgelehnt. Die Mehrheit also wenigstens, die sich in Bezug zu befinden, hierin dadurch wohl bestehen. Ob aber diese Mehrheit auch wirklich durchgehend wird, da die Hälfte des Reichstages sich dagegen ausspricht, ist natürlich eine andere Frage. Abg. Gildemeister (D.S.P.) begründet den Antrag damit, daß die Fahne erhalten werden sollte, unter der Deutschland groß geworden ist.

Herr Dr. David (Soz.) wendet sich gegen den Antrag, stellt fest, daß es sich um einen monarchischen Fortschritt gegen die Forderung der Republik handelt. Er bedauert, Paul Müller auf Seiten der Monarchisten zu sehen. (Paul Müller ist selbstverständlich noch weiter Mitglied der SPD, und Führer im D.S.P.)

Rechtens ein deutschnationaler Abgeordneter in rassistischer Weise die Forderung der Monarchie als die Forderung der guten Zeit verstanden. (Abg. Dr. Brechtel (D.S.P.)) Er sagt den Bürger, ausdrücklich, daß es sich nicht nur um ein Teil des Reiches handelt, das heißt die gewöhnliche Fahne, sondern er bezieht sich auf die Fahne, die die Arbeiterbewegung als ein heiliges Geistes zu machen sehr wird. Die SPD, die ihren Führer nicht gegen Paul Müller sprechen — natürlich wird sie aber dabei helfen, die Kommunisten, die innerhalb der Gewerkschaft diese kämpferischen Kämpfer bekämpfen, als die Führer der Gewerkschaften verurteilen. Brechtel kann sich gar nicht genug darüber wundern, daß auch die Demokraten die Forderung der 1848er Revolution, die Forderung der Freiheit und der Arbeiterbewegung im Grunde liegen und insofern zum Geiste, daß dieser Fortschritt der Reaktion für wachsenden Ansehensgeißel sei.

Der kommunistische Redner, Abg. Pöhl, spricht endlich zu der ganzen Frage das aus, was die Arbeiterbewegung dazu zu sagen hat. Welche Kassen, die eine wie die andere, sind Symbol der Reaktion. Der Antrag ist die gefährlichste Form der Kompromisse um die Wiedereinführung der alten Form ihrer Fahne gegen das Volk. Die Arbeiterbewegung hat keine Fahne verloren. Die Kommunisten werden nicht übersehen, bis eine neue Fahne des demokratischen Systems und mit ihm die Fahne wiederhergestellt ist.

Nach einem Redner der Sozialisten spricht Abgeordneter Hülsmann (Komm.) in seiner Rede keine eigenständige, sondern eine Ergänzung zu dem, was der Arbeiterbewegung zu sagen hat. Er sagt, daß es sich nicht um eine „Reaktion“ der Fahnen, wenn sie in der Unternehmung des Antrages der Reaktion eine Unternehmung der Reaktion erhalte. Nur aus demokratischen Gründen sei keine Partei für die schwarz-weiße Fahne.

Nach einer weiteren Debatte, in der sich immer wieder die Forderung der Fahne vernehmen, kommt es zur notwendigen Abstimmung mit den oben genannten Kassen. Von den Mitgliedern der SPD sind nur zwei Stimmen gegen den Antrag.

Der nächste Antrag der drei Arbeiterparteien über die Gleichstellung der Frauen in der Justiz geht an den Rechtsausschuss.

Nächste Sitzung, Dienstag, den 28. Juni, 2 Uhr.

Auflösung der militärischen Organisationen des Bürgertums.

Das heutige Reichsgesetzblatt enthält die Bekanntmachung der Regierung über die Auflösung der Selbstschutzorganisationen. Die Unterzeichnung des Ultimatus der Entente verpflichtete bekanntlich die Regierung zur Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern, der Orts- und Grenzwehren in Ostpreußen und der Ortschaft. Bis zur Durchführung der Auflösung hat die Entente eine Frist bis zum 30. Juni gestellt. Am 27. Juni entschließt sich endlich die deutsche Regierung zum Erlaß der notwendigen Bekanntmachung, der wir folgendes entnehmen:

1. Auf Grund des § 1 des Gesetzes zur Durchführung der Artikel 177-178 des Friedensvertrages vom 22. März 1921 werden in Befolg des Ultimatus der alliierten Regierungen vom 5. Mai 1921 die in der Provinz Ostpreußen noch bestehenden Orts- und Grenzwehren für aufgelöst erklärt. Alle Personen, die sich an einer der aufgelösten Organisationen als Mitglieder beteiligen, werden mit Geldstrafe bis zu 1000 M. oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Festung bis zu gleicher Dauer bestraft.

2. Auf Grund des § 1 des gleichen Gesetzes werden in Befolg des Ultimatus der alliierten Regierungen vom 5. Mai 1921 die in Ostpreußen innerhalb des Reiches noch bestehenden Orts- und Grenzwehren für aufgelöst erklärt. Personen, die sich an einer der aufgelösten Organisationen als Mitglieder beteiligen, werden mit Geldstrafe bis zu 1000 M. oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Festung bis zu gleicher Dauer bestraft.

3. Auf Grund des § 1 des gleichen Gesetzes werden in Befolg des Ultimatus der alliierten Regierungen vom 5. Mai 1921 die in Ostpreußen innerhalb des Reiches noch bestehenden Orts- und Grenzwehren für aufgelöst erklärt. Personen, die sich an einer der aufgelösten Organisationen als Mitglieder beteiligen, werden mit Geldstrafe bis zu 1000 M. oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Festung bis zu gleicher Dauer bestraft.

Zur Vorbereitung dieser Verordnung ließ die Regierung eine amtliche Notiz durch die Presse gehen, in der sie sich gleichsam entschuldigt und dem Bürgertum vorjammert, daß nicht die Regierung, sondern die böse Entente die Schuld trage, wenn jetzt die schönen weißen Selbstschutzorganisationen der Bourgeoisie aufgelöst werden sollen. Das Maß von Energie, daß die Regierung zur Durchführung ihrer Verordnung aufwenden will, klingt aus dem Schlingel ihrer Pressenotiz wieder, in dem es heißt:

Die Reichsregierung richtet nunmehr an alle Familien die dringende Aufforderung, auch ihrerseits sich mit Mühe und Anstrengung in der geordneten Zusammenarbeit im Widerstand zu betätigen.

In so überredendem wohlwollenden Ton pflegt die deutsche Regierung mit der proletarischen Klasse nicht zu verfahren. Arbeiter werden nicht freundlichlich aufgefordert, sich zu fügen, in das was die deutsche Regierung für „Notwendigkeiten im vaterländischen Interesse“ hält. Sie liegen in Gefängnisse und Justizhäuser, wenn sie nicht passen. Ihnen droht nicht, wenn sie eine illegale militärische Organisation bilden, eine Gefängnis- oder Festungsstrafe bis zu drei Monaten oder gar nur eine Geldstrafe. Sie haben mit den schwersten Strafen zu rechnen.

Daß die bürgerliche Bourgeoisie nicht daran denkt, dieser mit der Gehe des Gehorsams gegen die Entente, und dem Schmezeln des Einverständnis mit den Selbstschutzorganisationen vorgelegene Verordnung nachzukommen, liegt auf der Hand. Fortschrittler haben bereits in einem Brief an das „Vorwärtener Tageblatt“ den neuen Weg gezeigt. Er lautet:

Man kann sich die Forderung vorstellen, daß die Fahne nicht nur nicht verloren, sondern auch nicht wiederhergestellt ist. Es wird sich nicht finden, daß mit den Einverständnis ein Come aussprechen ist, der zunächst in der Fahne nicht, aber schließlich durchdrungen wird. Man hat die Fahne im Reich und Ostpreußen wieder — das heißt in der Fahne der Arbeiterbewegung. Was wir uns aufgeben haben, daß in den Kassen und Einverständnis der Arbeiterbewegung nicht wiederhergestellt ist.

Ostpreußen, Einwohnerwehren und Grenzwehren werden aufgelöst. Die neuen militärischen Organisationen des Bürgertums beginnen zu leben.

Der deutsche Städteitag in Stuttgart.

Liegen schon die Reden, die auf dem Begräbnisabend gehalten wurden, wenig von einem „Geist der neuen Zeit“ spüren, so zeigte der 1. Verhandlungstag mit aller Deutlichkeit, daß die Kommunalpolitik heute in eine Sackgasse geraten ist, aus der sie im kapitalistischen Staat nur herauskommen kann durch radikalste reaktionäre Politik, Abbau aller sozialen Einrichtungen, Abbau der Selbstverwaltung und unerhörte Besteuerung der breiten Massen.

Oberbürgermeister Böhm-Berlin leitet die Verhandlungen mit einigen patriotischen Ansprüchen ein und gibt die Geschäftsordnung bekannt. Trotz des Widerspruches des Leipziger Stadtratsvorsitzenden Seegeer wird die Redezeit auf 10 Minuten festgelegt. Dann wird im Handumdrehen eine Entschließung über Oberbörgermeister angenommen, ohne die verlangte Gegenprobe.

Das Hauptreferat hielt Dr. L u t h e r über:

Die gegenwärtige Lage der Städte.

Er freute sich über das gute Zusammenarbeiten des württembergischen Rahr (Minister Graf) mit den Städten. Allerdings lachen die Besseren über dieses neue Evangelium. Der Referent bezeichnet die Selbstverwaltung ganz richtig als Dienerin des Staates (d. h. des kapitalistischen Klassenstaates) und erörtert dann das Problem der Selbstverwaltung, die allerdings immer mehr mit den Staatsregierungen in Konflikt kommt. Das ganze Dilemma und der Zerfall der heutigen Ordnung treten in Erscheinung, als Dr. Luther auf den Finanzjammern zu sprechen kam. Er empfahl Sparpolitik, Sparpolitik auch bei der Schule durch Erhöhung der Klassenfrequenz und härtere Anspannung der Lehrer. Wenn die Gemeinden nicht sparen, dann gehe die Selbstverwaltung zugrunde. Weniger Parteipolitik in den Stadtparlamenten. Der Achtstundentag bedeute eine Schädigung der Finanzen. Ueber Sozialisierung und Staatssozialismus stellte er die üblichen Beträchtungen an und betonte die Kommunalisierung der Betriebe lediglich vom Standpunkt der Rentabilität. Selbstverwaltung ist nur möglich, wenn die Gemeinden selbständige Einnahmen haben und deshalb müssen ihnen neue Steuerquellen zur Ausbeutung überlassen werden.

Der Berichterstatter, Oberbürgermeister r. Vohmeyer, Königsberg, hält eine lange Rede, über die Frage, wie in den Kommunen gehandelt werden kann und über die Notwendigkeit einer neuen kommunalen Führung. Er forderte die reinliche Scheidung der Finanzen von Reich, Staat und Stadt.

Erst Genosse D ö r r, Stadtorbener, Berlin, brachte in die Verhandlung einen neuen Ton hinein, der allerdings den demokratischen und deutschnationalen Herren sehr auf die Nerven fiel.

Genosse D ö r r führte aus: Er hätte erwartet, daß auf dem ersten Städteitag, der nach dem Kriege abgehalten wird, auch über die Ursachen der heutigen Not der Städte gesprochen worden wäre, um zu verhindern, daß aus neue eine ähnliche Katastrophe herbeiführt. Das wäre besser gewesen, als das Nationale so stark zu betonen. In den Schulen sollte nicht wieder der Geist gepflegt werden, der den Weltkrieg herbeiführte. Es sollte vielmehr das Verbindende betont werden. Dieses Verbindende lebt im Proletariat. Als der Arbeiter die Belastung der Arbeiter mit Steuern bestrafte, wird die Last immer größer, und verschiedene, in ihrer Leichtigkeit geführte Bürgermeister rufen: Schluß! So wurden dem Genossen D ö r r und die wenigen Minuten noch verflücht, daß er sich erst wieder mit Hilfe des Vorsitzenden Gehör verschaffen mußte. Er stellt dann der bürgerlichen Gemeindepolitik die kommunistische gegenüber und führt aus, wie die wahre Selbstverwaltung die Selbstverwaltung ist, die wir vorbildlich in Rußland sehen. (Lachen.) Er verweist die lachenden Gemeindeglieder auf das Ergebnis ihrer Politik, auf die Verelendung des arbeitenden Volkes und kündigt der heutigen Gesellschaft den Kampf mit allen Mitteln an, damit eine neue Ordnung entstehe, die jeden verpflichtet, im Interesse der Allgemeinheit zu arbeiten, in der nicht Kurzsichtigkeit erzeugt werden, so lange der Arbeiter für das Könige nicht gehet ist. Die Arbeiterklasse wird diesen Kampf führen und an Stelle des kapitalistischen Deutschland ein Sowjetdeutschland schaffen.

Stadtratsmitglied Seegeer (Leipzig (D.S.P.)) ist entschieden gegen die Umwandlung der kommunalen Betriebe in Aktiengesellschaften. Es sei ein Verstum, zu glauben, auf diese Weise aus dem französischen Elend herauszukommen. Die den Unternehmern zuzurechnenden Profite müßten auch von der Bevölkerung aufgebracht werden. Sozialisierung sei nur möglich, wenn es keine Privatunternehmer mehr gibt.

Stadtratsmitglied S a b e l i n -Krefeld (D.S.P.) vertritt den Standpunkt der Kommunisten, denen es gleichgültig sein könne, ob die Steuern vom Reich, vom Staat oder von der Gemeinde einbezogen werden. Die heutige Gesellschaft sei nicht mehr in der Lage, die Existenz der arbeitenden Bevölkerung zu garantieren. Da wäre es notwendig gewesen, daß der Städteitag zu dieser Frage Stellung genommen hätte: Wie verteilen wir die Produkte? Die Erwerbslosenfrage müßte zur Erörterung gestellt werden. Von den herrschenden Klassen werden die Erwerbslosen als unnütze Elemente betrachtet. Man beschäftigt sie nicht, weil sonst die Betriebe nicht mehr so hohe Profite abwerfen würden. Man gibt ihnen eine Unterfütterung, die zum Leben nicht ausreicht. Er irrt bei

Wirtschaftliches.

Die Folgen der deutschen Schmutzkonkurrenz für die deutschen Arbeiter

Deutschland ist bisher verhältnismäßig wenig im Vergleich mit anderen Ländern von der Weltmarktkonkurrenz betroffen worden, so sehr es auch unter den Nachwirkungen eines verlorenen Krieges leidet. Grund: den deutschen Unternehmern war es möglich, die Lieferungen an die Entente und vor allem die Hungerlöhne der deutschen Arbeiter zu ihrem Vorteil auszunutzen und ihre Profite auf Kosten der Profite ausländischer Kapitalisten zu erhalten und zu steigern in einer Zeit, in der anderen Ländern, vor allem den Vereinigten Staaten und England, die Unternehmer gezwungen waren, in riesigem Maßstab die Produktion einzustellen. Das Maß beginnt sich aber jetzt zu wenden. Das ausländische Kapital ist gezwungen, sich gegen die deutsche Schmutzkonkurrenz zur Wehr zu setzen. England, Kanada, die Vereinigten Staaten und andere Länder schütten sie mit sogenannten Dumping-Zöllen vor der deutschen Schmutzkonkurrenz. Ein trauriges Beispiel bietet die Abwehr des ausländischen Kapitals gegen die deutsche Konkurrenz der Schweiz, die mit Hochschuhen und Einfuhrverboten einen Schutzwall gegen die deutsche Einfuhr errichtet.

Im ersten Quartal des Jahres 1921 A. B. hat der Wert der Schweizerischen Einfuhr nur noch 485 Millionen Frank gegen 600-600 Millionen in der gleichen Zeit des Vorjahres betragen. Die Schweizer Einfuhrbeschränkung hat sich ursprünglich auf alle Waren, einerlei welcher Herkunft bezogen. Sie wurde aber längst für die schweizerisch-italienische und schweizerisch-französische Grenze außer Kraft gesetzt. Aber nicht für die deutsch-schweizerische und österreichisch-schweizerische Grenze. Es wird also die normale Einfuhr aus Frankreich und Italien gebildet; die deutsche aber ist auf 20-30 Prozent des Normalen beschränkt und außer dem noch mit Einfuhrgebühren belastet; für jede erteilte Einfuhrbewilligung 2-3 Prozent des Warenwertes. Damit sind aber die Erschwerungen der deutschen Einfuhr noch nicht erschöpft. Die Bestimmungen richten sich gegen Deutschland, Frankreich, England und die Vereinigten Staaten sind frei davon. Frank ist zu berücksichtigen, daß die deutsche Einfuhr nach der Schweiz nicht weniger als 11 Prozent der gesamten deutschen Ausfuhr beträgt. Die neuen Bestimmungen der schweizerischen Regierung müssen eine vollständige Unterbindung der Ausfuhr deutscher Waren nach der Schweiz zur Folge haben. Die Schmutzkonkurrenz, die die deutschen Unternehmer mit Hilfe der unter ihrem Wert bezahlten deutschen Arbeitskraft verübt haben, schlägt jetzt gegen sie selbst zurück. Die deutschen Unternehmer werden sich selbstverständlich an der deutschen Arbeiter schuldlos halten. Die Arbeitslosigkeit wird wachsen und die deutschen Unternehmer werden die Betriebs einstellen, um die Arbeiter zu entlassen, um den Arbeitern die schärfste Ausbeutung aufzuzwingen, um mit Schmutzwaren neue Absatzmärkte zu erobern.

Die planmäßige Einstellung der Produktion auf den proletarischen Bedarf und auf den Austausch mit Sowjetrußland unter Kontrolle der Arbeiter und der Angehörigen ist die einzige Rettung vor den Folgen der kapitalistischen Anarchie.

Hör zu, Genosse!

Und vergiß es nicht.
Du liest ja jeden Tag deine Zeitung und bist über all Schandthaten der Bourgeoisie und ihrer Helfer unterrichtet. Du weißt, daß über zwei Jahrtausende Juchthaus und Gefängnis über revolutionäre Arbeiter verhängt sind. Du bist erbittert und ballst die Fäuste.
Du gibst dein Scherflein für die Opfer der weißen Justiz.
Was aber tut dein Mitarbeiter, Genosse?
Was aber tut deine Nachbarin, Genossin?
Sie wissen nicht, wie der weiße Schrecken wütet.
Sie lesen die rechtssozialistische Presse, und die läßt die eigene Schande nicht offenbar werden.
Sie werden täglich von der rechtssozialistischen und bürgerlichen Presse betrogen und merken es nicht.
Sie sind voll Boreingenommenheit gegen die Kommunisten.
Sie bekommen ganz selten ein Flugblatt der Kommunisten in die Hand.
Sie lesen nie eine kommunistische Zeitung.
Wie falsch sind diese Arbeiter und Arbeiterinnen unterrichtet!
Genosse! Genossin! Die Partei fragt dich: Was machst du mit deiner Zeitung, wenn du sie gelesen hast?

Denke daran, daß neben dir ein Klassengenosse arbeitet oder wohnt, den du jetzt gewinnen mußt, damit er aus einem Gegner ein Zweifler wird, dann ein Sympathisierender und dann ein Freund und schließlich ein Mitkämpfer werde!

Denke alle Tage daran!
So wenig verlangt heute die Partei von dir!
Vergiß es nicht: gib deine Zeitung täglich weiter!

Sibirische Arbeiter.

Sibirische Arbeiter im Winter von Dmsk, im Eis von Irkutsk, im Schnee von Tomsk. Standen nun schon das dritte Jahr, Eine eiserne Schar, Von nichts als heiligem Glauben besonnt An der heroischen Front, der Arbeitsfront.
Sie haben Sibirien in ihrer Gewalt, Sibirien ist groß, Sibirien ist kalt, Sibirien war weiß und röhrende Rot, Sibirische Arbeiter machten es rot, Von nichts als heiligem Glauben besonnt, An der heroischen Front, der roten Front.

Arbeiter Ivan erhebt sich und spricht: Wir arbeiten in Dmsk, man kennt uns nicht, Baum Telegraphen und Wagen und Flug, Wir bauen auf, was Rotzshah zerstört, Vom bleichen Licht unseres Winters besonnt, Sibirische Genossen der Arbeitsfront.

Dmsk liegt in Asien, Europa ist weit, Wir sind verlassen und eingeschneit, Nach weh'n unfre Jähnen, wir ziehn sie nicht ein, Wir arbeiten und woll'n nicht um Hilfe schreien, Solang uns der heilige Glauben besonnt, An der heroischen Front, der Arbeitsfront.

Der Sommer sprang auch Sibirien an, Der Weltkrieg in Moskau begann, Da kamen die Arbeiter von Tjumen und Dmsk, Vom fernen Irkutsk, vom nördlichen Tomsk, Und sahen das Licht, das die Welt besonnt, Die heroische Front, die rote Front.

Max Barthel

Einzeltag, ob er gewillt ist, die Not zu bezeugen, noch so er die 20 Millionen Menschen, die in Deutschland zu viel sein sollen, opfern will (die Herren Abgeordneten rufen: Huh, Huh). Er wendet sich gegen die Sparmaßnahme Dr. Rathers, die zeigen, daß die heutige Gesellschaft nicht mehr in der Lage ist, die Kulturaufgaben zu erfüllen. Die Leistungsfrage könne nur so gelöst werden, daß der Wert der Arbeit erhöht wird. Die Sozialisierung ist nicht möglich, so lange die Kapitalisten die Macht in der Gesellschaft haben. Welche Gabeln legt dann nach Verwirklichung ein gegen den Entschluß des preussischen Ministers des Innern, der den Kommunisten das Recht abspricht, Mitglieder in der Gemeindeverwaltung auszuüben. Er schlägt mit dem Wort: Für die deutsche Arbeiterklasse gibt es nur eine Rettung: Selbsthilfe durch Schaffung einer deutschen Sowjetrepublik.

Republikaner Richter-Familien (spricht über die kommunalen Betriebe, die nach kaufmännischen Grundsätzen betrieben und überhöht abwerten sollen. Er mahnt zur Vorsicht bei der Bekämpfung der Energie).

Stadtverordneter Hanke (berührt als Richter entschieden gegen die Verschlechterung der Schule auf).

Bürgermeister Leib-Berlin (SPD) hat der Selbstverwaltung ein neues Ende voraus. Auch er erhebt Einspruch gegen die Einschränkung auf sozialen Gebiet und im Schulwesen, sowie gegen den Entschluß des preussischen Ministers.

Oberschlesien.

Der Rückzug der Polen hat begonnen. In der ersten Rückzugzone haben die französischen und englischen Besatzungsbehörden die Verwaltung übernommen. In Tarnow ist ein englisches Kommando und ein französischer Kreisinspektor. Das Einrücken englischer Truppen steht unmittelbar bevor. In Kynia sind die Polen abgerückt und durch Franzosen ersetzt worden.

Weiter wird gemeldet, daß im ganz südlichen Bezirk die Polen ihre Front abbauen und ihre Quartiere nach rückwärts verlegen. Der Bahnverkehr ist teilweise wieder aufgenommen worden.

Aus der Partei.

Alle Zuschriften für die Revisions-Kommission sind an den Obmann der Revisionskommission, Genossen Bruno Peters, Eprcau bei Gangelberg (Criner) zu richten.

Zur Partei- und Fraktionsdisziplin.

Unser Parteiblatt in Braunschweig, „Die Niederländische Arbeiterzeitung“ schreibt: „Es kann unter keinen Umständen so weiter gehen, daß eine Gruppe von Parlamentariern im Arm mit Paul Levi, dem Kronzeugen des weißen Terrors, sich öffentlich über die Disziplin der SPD lustig macht. Zwar ist es offenkundig, daß die Leute, die bereits eine sektoranisierte Zelle in der SPD bilden, ihren Ausschluß aus der Partei provozieren wollen, um sich als Märtyrer aufzuspielen. Die letzte Zentralauschussung ist aus verschiedenen Gründen auf diese Provokation nicht herabgefallen, sondern hat die Genen, Däumig um. In der Partei zu halten versucht. Das Vorgehen dieser Gruppe im Reichstag, die erneuten Disziplinbrüche machen es der Zentrale nunmehr zur unabwiesbaren Pflicht, die Disziplinverbrecher rücksichtslos aus der Partei zu entfernen. Jede Halbheit und Unterlassungssünde in dieser Richtung würde den schwersten Schaden für die Partei bedeuten. Wollen wir eine kampfkraftige Partei werden, so brauchen wir eine straffe Organisation, die die revolutionäre Disziplin an die Spitze ihrer Grundzüge stellt, die sich vor allem nicht scheut, auch führende Genossen, die bewußt und wiederholt diese einfachen Grundzüge mit Füßen treten, aus der Partei auszuschließen. Wenn jetzt die Zentrale nicht mit fester Hand die Säuberung der Partei vornimmt, macht sie sich mitschuldig am Zerfall der Partei.“

Ausland.

Die orientalische Frage.

Aus dem Bericht der Meldungen über die orientalische Frage bilden sich zwei oder drei feste Kerne. Einmal besteht die Tatsache, daß gerade unter dem Zwang der drohenden imperialistischen Angriffe die Orientvölker sich fester zusammenschließen, geführt und beschützt von Sowjetrußland. Die kaukasischen Sowjetrepubliken haben sich zu einer wirtschaftlichen und außenpolitischen Einheit zusammengefaßt; zwischen Anzora und Aghanistan und zwischen Persien und Aghanistan bestehen Bündnisse und Freundschaftsverträge, und alle diese Staaten und Völker sehen in Sowjetrußland den Freund, den Beschützer und Helfer. Dieser mächtige Bund, der sich gegen die Unterdrückung der imperialistischen Mächte zur Wehr setzt, wirkt mit ungeheurer

Propagandakraft auf die noch unorganisierten Völkern der Orientvölker ein. Hieraus aber folgt notwendig die Tendenz der sich bildenden imperialistischen Staaten, England, gegen diesen russisch-orientalischen Freieinheitsbund.

Die direkte Auswirkung dieser Feindschaft wird gestärkt durch den Gegensatz der imperialistischen Interessen Englands und Frankreichs in Vorderasien. Frankreich will nicht die Beherrschung der Dardanellen und damit des Schwarzen Meeres durch England. Zu viel wirtschaftliche Möglichkeiten liegen dabei auf dem Spiele. Deshalb spielt sich heute Frankreich als Rivall des erstbesten reaktionär-kapitalistischen Rußlands aus in der Frage der Beherrschung des Bosporus (wie sich England umgehört als Rivall eines erstbesten reaktionären Rußlands in der Balkanfrage offeriert), d. h. Frankreich will vorläufig den imperialistischen Fragenkomplex überhaupt nicht gelöst haben. Es wünscht eine nicht ganz machtlose Türkei, eine Verdrängung der Sachwalter Englands, der Griechen aus Smyrna und aus dem Vorposte Konstantinopel.

Diese antilegendische Politik Frankreichs zwingt die britische Regierung zu einem Doppelspiel. England greift zwar nicht direkt in den griechisch-türkischen Krieg ein, mindestens nicht vorläufig; aber es unterstützt Griechenland auf alle Weise, durch Geld und durch Munition. Andererseits verhandelt es in Ungara, um durch „Verträge“ und durch Befestigung die Kraft der Regierung Kemal Paschas zu zerbrechen, und um bei einer eventuellen Niederlage Griechenlands nicht allzu stark in seinem Ansehen geschädigt und engagiert zu sein.

Das Doppelspiel Englands ist ganz einseitig. Es wird nach einem Erfolge Griechenlands noch klarer werden. Noch steht ein Teil der Bräutigame in und bei Konstantinopel, und der Rest ist, auf den Balkan verteilt, leicht zusammenzurufen. Der erste Erfolg Griechenlands wird das Signal für die weißen Garden Brangels sein, einzugreifen unter der Parole gegen Sowjetrußland. Auf den Schlachtfeldern Kleinasien sollen die Sowjetrepubliken des Kaukasus, fallen Persien und Afghanistan und schließlich Sowjetrußland getroffen werden. Der englische Imperialismus, der dabei ist, eine Schlacht mit seinem heimlichen Proletariat zu gewinnen, versucht sein Ausbeutungsterritorium durch Vorderasien, den Kaukasus und Teile Rußlands abzurufen, er sucht sich durch diesen Raubzug aus einer bedrohlichen Krise zu retten. Die Größe des möglichen Gewinnes wird einen großen Einsatz rechtfertigen. Die Proletarier Westeuropas müssen wachsam sein.

„Hoch Italien!“

Das „Berliner Tageblatt“ erhält von seinem römischen Korrespondenten folgendes Telegramm:

In der Kammer richtete Turati namens der sozialistischen Partei einen warmen Versöhnungsappell an alle Parteien, denn über den Parteien und Männern stehe Italien, das gerettet werden müsse. (Langer, stürmischer Beifall der ganzen Kammer.) Turati hielt alsdann Solitti das Requirere seiner „Sünden“ vor, appellierte an die Sympathie der katholischen Partei und führte aus, wie nach der Zerstörung der russischen Fatamorgana dem italienischen Sozialismus die Augen für die Mitbeteiligung im Staate (aber nicht unter Solitti) aufgegangen seien. Die Lage erheische eine energische Regierung, gleichviel welcher Richtung. Turati schloß mit dem Ausdruck des Vertrauens in die italienische Zukunft und dem Ruf „Hoch Italien!“ (Neuer Beifallsturm des ganzen Hauses; nur die Kommunisten bewahren ein feindliches Schweigen.)

Wer noch Zweifel hatte, daß die Haltung der Exekutive der 3. Internationale auf dem Parteitage in Livorno die richtige war, der wird jetzt eines Besseren belehrt. Wäre die Gruppe um Serrati wirklich revolutionär, dann könnte sie niemals die Schamlosigkeit aufbringen, mit einem Turati an einem Tisch zu sitzen, der in der Unverhülltheit seines Nationalismus an der Spitze aller Sozialpatrioten der Welt steht.

Die italienische sozialistische Partei hat nach diesem Streich Turatis, der offenbar von der gesamten Fraktion beigestimmt wurde, den Weg nach der 2. Internationale zurückgefunden. In jener Internationale, die nichts anderes ist als ein Täuschungsversuch, der im Interesse des Kapitalisten gegen das Proletariat unternommen wird. Man muß Turati und der sozialistischen Kammerfraktion dankbar sein, daß sie so rasch den Scheiterer fallen ließen und ihre wahre Frage enthüllten.

Die irische Frage. Lord George hat die irischen Führer Craig und Delvera zu einer Konferenz in London eingeladen, um mit ihnen die Lösung der irischen Frage zu besprechen. Craig soll sein Erscheinen zugesagt haben.

Abstimmung französischer Gewerkschaften. Eine Konferenz der Gewerkschaften im Departement du Nord ergab einen Sieg der reformistischen Mehrheit, die 236 Stimmen erhielt, während die Kommunisten 126 Stimmen auf sich vereinigten konnten. Gegen frühere Abstimmungen bedeutet das einen großen Fortschritt der Kommunisten.

Die besessene Braut.

Von Konrad Loele.

(Schluß)

„Die Kuh hat verkalbt; mag sie sich nun nach einem anderen Bullen umsehen!“ sagte Arno frech, als er dieses selbstverständlich ringsum schadenstroh beklatschte Ereignis erfuhr. Er freute sich schon, nunmehr entwichen zu können. Aber er irrte sich. Frieda bestellte ihn zu sich, und er kam mit der Absicht, einen Streit vom Zaun zu brechen und dann zu verschwinden. Frieda hatte es nicht im Sinn, ihren Bräutigam schon zu lassen; sie fiel ihm schluchzend um den Hals, Meta bedrte einen reichen Tisch, und Friedrich tat des Schlawes, indem er von dem Ertrag der Ernte sprach. Arno schnüffelte in der Luft, die noch etwas nach Apotheke roch, als ob er einen Ausweg wittern wollte, er vrustete auch unwirsch und nahm einen Anlauf, groß zu werden, es bot sich ihm aber zu wenig Anlaß zu dergleichen Befreiungsversuchen.

Andings hatten an der Denkmalsbamae gerade genug. Jetzt durfte nichts mehr passieren. Im Gegenteil: jetzt mußten sie einen ungewöhnlichen, den Dorfbewohnern aber unerreichbaren Glanz um sich verbreiten. Schnellstens sollte eine große Hochzeit gefeiert werden. Sie behielten Arno gleich im Hause; das war eine Ehre für ihn, außerdem konnte er bei der Kartoffelernte helfen, und man wartete so eine Hilfskraft.

Der Tod der Großmutter war auch lange genug vorbei; das war kein Hindernis mehr, ein Fest zu feiern. Schnell mußte es gefeiert werden und in einer Weise, daß sich das ganze Dorf ärgerte. Andings wollten keinen Menschen aus dem Dorf einladen, dafür aber so viel wie möglich von der auswärtigen Freundschaft. Die kirchliche Trauung sollte in der Stadt vor sich gehen; das würde unumwunden sein, aber dann brauchte der verhaßte Dorfparter nicht eingeladen zu werden, der sich ja auch wahrscheinlich sträuben würde, Friedas beschädigter Jungfrauenchaft halber die Ehrenglocke läuten zu lassen. Meta machte fleißig Kostenanschläge; sie knickerte nicht, diesmal kam es ihr auf ein paar hundert Mark mehr oder weniger nicht an. Aber alle Vorbereitungen geschahen ohne jede Freude. Das Gemüt der Hauptbeteiligten war verbittert, hämisch, voll kleinlicher Geheißigkeit und übler Anschläge. Andings hatte das Geld für das Modell

schließlich doch noch bezahlt; ihre Laune war jedoch hierdurch nicht besser geworden. Sie waren im Begriff, sich im Dorfe noch unbeliebt zu machen. Zwischen Meta und Frieda begann bereits die Rivalität, beide wußten, daß nun der Kampf der Alten und Jungen anheben würde. Das schwache Band von Zuneigung, das vielleicht einmal Frieda und Arno verbunden hätte, war zersprungen. Diese Heirat geschah ohne einen Funken Liebe. Arno ahnte den harten Geist, der in Frieda wohnte; er nahm sich vor, auch hart und auf seiner Gut zu sein. Er hielt es für klug, sich in seinem Schwiegervater einen Bundesgenossen zu suchen, aber Frieda merkte seine Absicht und hegte ihre Mutter mit heuchlerisch freundlichen Worten gegen die beiden Männer auf. Ein mißtraute dem andern, und so stand endlich jeder für sich allein, argwöhnisch lauernd und kampfbereit, und so konnte denn das Aufgebot bestellt werden.

Meta betrachtete tiefsinnig ihren transportablen Backofen. Würde er der Unmenge der zu backenden Hochzeitskuchen gewachsen sein? Der alte Backofen war geräumiger gewesen. Infolge einer naheliegenden Gedankenverbindung wandte sie sich an ihre Tochter. „Frieda, nicht wahr, du hast den Teufel seither nicht wieder gesehen?“

Ihr Tonfall war aber schnippisch, als ob sie immer über diesem dummen Aberglauben geistanden hätte.

„Rein,“ sagte Frieda. „Ich wollte nur, du hättest ihn gesehen! Wenn du nur meinen Hexenschuh gehabt hättest!“ Statt sich nun wenigstens über ihre Heilung und über den Abmarsch des Bösen zu freuen, warfen sie sich gegenständig ihren Aberglauben vor.

Da blies der Wind in den Schornstein und trieb einen Rauchstoß aus der Küchenfeuerung heraus, und die beiden Frauen erschrakten.

Erschlichlich war es immer noch nicht ganz geheuert. Der einzige im Hause, der die Hochzeit mit ungemischter Freude erwartete, war Emil. Der dachte an den Schmaus, und das war ihm genug.

Ist die Geschichte nicht aber etwa boshaft erfunden, eritunken und erlogen? So blödsinnig borniert wie Andings kann doch heutzutage unmöglich noch eine Bauernfamilie sein! Niemand behauptet, daß es nicht auch verständigere Bauern gibt, die Eingeweichten aber haben keinen Zweifel, daß Andings noch lange nicht die schlimmsten sind.

Breslauer Nachrichten

Hör zu, Genosse!

Am vergibt nicht.
Du liest jeden Tag deine Zeitung und bist über alle Schandthaten der Bourgeoisie und ihrer Helfer unterrichtet. Du weißt, daß über zwei Jahrtausende Zuchtstaus und Gejängnis über revolutionäre Arbeiter verhängt sind. Du bist erbittert und haßt die Fäuste. Du gibst dein Scherlein für die Opfer der weißen Justiz. Was aber tut dein Mitarbeiter, Genosse?
Was aber tut deine Nachbarin, Genossin?
Sie wissen nicht, wie der weiße Schrecken mütet. Sie lesen die rechtssozialistische Presse, und die läßt die eigene Schande nicht offenbar werden. Sie werden täglich von der rechtssozialistischen und bürgerlichen Presse belogen und meckern es nicht. Sie sind voll Vereingommenheit gegen die Kommunisten. Sie bekommen ganz selten ein Flugblatt der Kommunisten in die Hand. Sie lesen nie eine kommunistische Zeitung. Wie falsch sind diese Arbeiter und Arbeiterinnen unterrichtet! Genosse, Genossin! Die Partei fragt dich:
Das mocht du mit deiner Zeitung, wenn du sie gelesen hast?
Denke daran, daß neben dir dein Klaffgenosse arbeitet oder wohnt, den du jetzt gewinnen mußt, damit er aus einem Gegner ein Zweifelhänder, dann ein Sympathisierender und dann ein Freund, schließlich ein Mitkämpfer werde! Denke alle Tage daran!
So wenig verlangt heute die Partei von dir! Vergiß es nicht: gib deine Zeitung täglich weiter!

Aus der Provinz

Kollegen, Kameraden der Bau-Industrie!

Systematisch geht das Unternehmerpack zum Angriff über. Nachdem die Arbeiterschaft Mitteldeutschlands brutal niedergedrückt ist, sollen andere Teile Deutschlands folgen.
Im Waldenburger-Bergrevier schlugen sich die Arbeiter unter Heranziehung der „Schupo“ wirtschaftlich. Steckten die Vertrauensleute in die Gefängnisse.
Die deutschen Kapitalisten, getrieben von dem drohenden Bankrott ihrer Klasse, sind zu allem, zu dem Ungeheuerlichsten, zu dem Schamlosesten fähig.
Die Ausbeuter wollen ihr Praßerleben nicht aufgeben. Ihr, Kollegen, Bauarbeiter, werden nach den Bergarbeitern auf die Knie gezwungen werden. Die Kollegen der anderen Industrien werden folgen. Wollt ihr diesen über Euch ergehen lassen?
Oder wollt ihr abwehren den schamlosen Angriff der Ausbeuter?
Wollt ihr letzteres, so stellt die gemeinschaftliche Front der gesamten Arbeiterschaft her.
Appelliert an die Solidarität der organisierten Arbeiter! Verlangt Unterstützung der Arbeiterparteien! Die Lage ist ernst; das Ausbeuterpack hat euch die Hand an die Gurgel gelegt. Den Anstoß hierzu bei den Unternehmern gab eure gerechte Forderung von 75 Pfennig Mehrlohn pro Stunde.
Notwendig ist, um aus dem Kampfe siegreich herauszukommen, der geschlossene Front der Kapitalisten die geschlossene Front der Arbeiter gegenüber zu stellen.
Kollegen, harret aus im Kampf! Brutal und niederträchtig hat sich das Kapital auf euch gestürzt. Unsere Unterstützung ist euch sicher!
Ortsgruppe der U.A.P.D. und Bezirksleitung der S.R.P.D. Sektion der III. Internationale.

Für die rote Hilfe!

Ein prächtiges Beispiel proletarischer Solidarität haben die Arbeiter im Bereich der Ortsgruppe Ingramsdorf gegeben. Die sehr kleine und rührige Mitgliedschaft hat es durch intensive Arbeit in den Fabriken, in denen nur ländliche Arbeiter beschäftigt sind, für die rote Hilfe in einigen Wochen den Betrag von 887 Mark auf die Listen 100, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116 gebracht. Die Ortsgruppe Arnsdorf hat auf die Listen 39745, 46, 47, 48, 49 zusammen 27,50 an die rote Hilfe abgeliefert.

Genossen! Nehmt auch die Tätigkeit dieser Genossen zum Beispiel. Der Dank aller inhaftierten Genossen und ihrer Familien ist euch gewiß.

Die Beiträge für die „rote Hilfe“ sind zu senden an: R. Sella, kommunistische Bucherei, Breslau, Gräbnerstraße 49.

Ein Agrarier als Mordmörder.

Am Mittwoch, 22. Juni, abends 9 Uhr, wurde auf der Kampfbühne der 25jährige Arbeiter Hermann Steh von einem Gutsbesitzer erschossen. Steh kam aus Deutsch-Pölla und wollte auf dem Rückweg einen Arm voll Rote mitnehmen. In dem Moment trat aus einem Kornfeld der Gutsbesitzer heraus und schoss mit einem Karabiner ohne Anruf auf den Arbeiter. Die erste Kugel traf in den Ellenbogen und Steh rief, daß er verwundet sei. Der Mordmörder ließ sich aber nicht beirren und schoss aus nächster Nähe noch drei Kugeln ab, so daß die Eingeweide, die Leber herausgerissen wurden. Der blutige Agrarier ließ kein Opfer liegen, das nach 4 Stunden verstarb. Das Blutgericht hat es bis Sonnabend abends noch nicht für notwendig gehalten, an die Mordstelle zu kommen. Die Leiche liegt noch heute unentdeckt dort. Wir wissen, daß die Agrarier zum Gehirne ihres „Eigentums“ alles niederdrücken können, was aus ihren Gruben und Boden kommt. Die Verwilderung der Moralbegriffe der bürgerlichen Klassen ist so weit fortgeschritten, daß diese Mordtaten einen Menschen, der eine Hand voll Rote mitnehmen wollte, niederdrücken wie ein Stück Blei. Es wird sich in der glorreichen Republik kein Richter finden, der diesen Mordmörder ins Zuchthaus bringt. Arbeiter und Genossen! — Wie lange noch?

Schreiben der Bauarbeiter.

Die Bauarbeiter gehen zur Offensive über. Das Rundschreiben der Deutschen Bauarbeiterverbände, nach der mit größ-

Orgeßch oder proletarischer Selbstschuß

Das angekündigte Verbot der Reichsregierung, nach dem alle Selbstschußorganisationen aufgelöst werden sollen, bringt die seltsamsten Wirkungen hervor.

Die „Volkswacht“ lügt dreist und gottesfürchtig, daß die bloße Drohung ihrer drei Parteiführer einen republikanischen Selbstschuß zu bilden, die Regierung veranlaßt hätte, das Verbot beschleunigt herauszugeben.

Diese Herrschaften vergossen, daß die Regierung Wirth-Ordnauer einfach gezwungen ist, auf Grund des Ultimatum bis zum 30. Juni alle Selbstschußorganisationen zu verbieten.

Die Reichsregierung hat bis jetzt wegen der reaktionären Haltung der bayrischen Regierung und der Ludendorffe in ganz Deutschland nur den Mut noch nicht gefunden.

Die Breslauer Sozialdemokraten wollen lediglich ihren Klutz in der Frage des republikanischen Selbstschußes verheißeln.

Auf die bloße Ankündigung eines Verbotes knieten sie zusammen, obwohl sie genau wissen, daß sich die schlesischen Orgeßchbände, die Grafen und Barone den Teufel um ein Verbot der „Judenregierung“ in Berlin kümmern.

Die „Volkswacht“-Redakteure sabotieren den gemäß zahnmen Beschluß ihrer politischen Vertrauensleute, Leute.

Diese beschlossen, den republikanischen Selbstschuß erst dann aufzulösen, „wenn es der Regierung gelungen sein wird, die Auflösung der Orgeßch in allen ihren einzelnen Teilen zu erzwingen“.

Wir behaupten, daß es einer dürgerlichen Regierung nie gelingen wird, die bewaffneten Haufen der Konterrevolution, die Prätorianergarde der Monarchisten, auseinanderzulagen.

Weshalb denn ist ein proletarischer Selbstschuß besonders in Schlessen notwendig.

Bis zum 5. Juli sollen die „heimatstreuen Oberschlesier“, die unter der Führung des Monarchistengenerals Hoefler die deutschen Gebiete Oberschlesiens „beschützen“, ihre „Heimat“ verlassen.

Diese bayrischen Orgeßchbände, diese aus Bourgeoisöhnen bestehenden Stoßtruppe und die Landknechtscharen, zusammengesetzt aus verhegten und irregulierten Arbeitern, werden sich raubend und plündernd über Schlessen ergießen.

Breslau wird Tage erleben, die die Schreckensherrschaft der Autokratie in den Schatten stellt.

Die reaktionären Zeitungen, voran die „Schlesische Tagespost“, beginnen schon jetzt mit allen Mitteln, die Bevölkerung gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft aufzuputtschen. Mit den blödsinnigsten Nachrichten wollen sie ihre reaktionären Pläne vertuschen, indem sie „neue Vorbereitungen zu einem Kommunistaufstand“ aus ihrem dreckigen Gehirn ausschleimen.

Sie schreiben davon, daß Breslau zum bolschewistischen Stabsquartier gemacht werden soll.

Sie glauben feststellen zu können, daß unser Genosse Kadek, der Leiter der Roten Armee, die um Breslau zusammengezogen, mit Waffen und Munition aus Estlin, mit Rotgardisten aus den Interniertenlagern, die schlesische Arbeiterschaft zum Kampfe führen werde.

Es gibt keine Gemeinheit, keine Dummheit, keine Niederträchtigkeit, die diese Schreiberheelen, die im Solde der Großagrarien vom Schlage des Volknumers Freilagh von Loringhoven stehen, aus ihren dreckigen Fingern saugen.

Wir sind neugierig, ob der Breslauer Polizeipräsident, der sich berufen fühlt, die Verfassung der Republik zu schützen, indem er gegen die Kommunisten mit allen Mitteln, auch mit verfassungswidrigen, vorgeht, gegen die „eine Bevölkerungsklasse gegen die andere aufhebende“ Schreibweise der „Schlesischen Tagespost“, vorgeht.

Der Zweck, den diese Reaktionäre mit ihren Lügenmeldungen verfolgen, wird klar am Ende des Aufzuges ausgedrückt:

„Die Ordnungselemente ohne Unterschied der Partei müssen also selbst für ihre Sicherheit sorgen, indem sie sich zusammenschließen in der jetzt endlich als rechtmäßig anerkannten nationalen Abwehrorganisation: dem „Heimatschutzverband verfassungstreuer Schlesier“.“

Da liegt der Rest. Der Breslauer Bezirksauschuß, eine aus dem Mittelalter herübende bürokratische Einrichtung hat die Rechtsgültigkeit der Orgeßch anerkannt.

„Was geht uns echten „königlichen Preußen“ ein Erlaß der Judenregierung an.“ Wahrscheinlich, getreutere Nachahmer der völkischen bayrischen Regierung gibt es nicht.

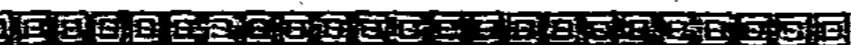
Arbeiter aller Parteien, Gewerkschaftler! Erkennt die Gefahr, die euch droht, wenn ihr unter die Krute dieser Bände kommt. Erkennt nicht zu spät die Notwendigkeit, daß ihr euch wehren müßt mit Klauen und Zähnen gegen die anmarschierende, gegen die sich neu formierende Orgeßch.

Wollt ihr nicht untergehen, dann sorgt zunächst, daß der „republikanische Selbstschuß“ bevor er geboren ist, zu Grabe getragen wird. Sorgt, daß der „republikanische Selbstschuß“ wird zu einer proletarischen Organisation, die gewillt ist, mit allen Mitteln zu kämpfen gegen die Konterrevolution.

ler Selbsternennung die Löhne abzubauen sind, daß jedenfalls unter keinen Umständen Lohnsenkungen nicht vorgenommen werden dürfen, solange keine Stellen.

Am Donnerstag sind in Breslau und Umgebung sämtliche Bauarbeiter und Zimmerer ausgesperrt worden.

Am 6. Juni er fanden Verhandlungen zwischen Unternehmer und Arbeitervertretern statt. Gegenstand der Verhandlung war eine Forderung der Arbeiter auf 75 Pfennig Lohnsenkung pro Stunde. Eine Einigung wurde nicht erzielt. Die Unternehmer verlangten, daß vorher die Streiks, die im übrigen von den Verbänden auch als „wild“ bezeichnet wurden, in Kampfschritt und Streik abgebrochen würden.



Achtung! U.A.P.D. Breslau.
Donnerstag, 2. Juni, abends 7 Uhr.

Außerordentliche Mitgliederversammlung

Ordnung: „Senssus“. Pünktlich.

Jedes Mitglied muß erscheinen!
Der Ortsvorstand.



Da aber die streikenden Kollegen in Kampfschritt und Streik mit Recht nicht einsehen, daß ihre Position wider würde, wenn sie wieder arbeiten, sperren die Unternehmer am 22. Juni, nachmittags 4 Uhr, alle ihre Arbeiter aus.

Am Freitag, 21. 6., fand eine große von über 1500 Kollegen besuchte Versammlung statt, in der der Bezirksleiter des Bauarbeiterverbandes, Koster, Bericht erstattete. Er stellte zunächst fest, daß sich die Kampfschritt und Streikenden Kollegen außerhalb des Organisationsbereichs gefühlt hätten, und deshalb keinen Anspruch auf Unterstützung haben.

Nach der Verhandlung am 2. Juni sagte das Breslauer Komitee und stellte fest, daß die Forderung der Arbeiter abgelehnt sei, weil keine Forderung vorhanden sei. Die Punkte für die Lebensmittel seien im Gegenteil zurückgegangen. Begründung ist, daß dieses Komitee eine Einrichtung der arbeitgeberfeindlichen Gewerkschaften ist. Diese Gewerkschaften werden durch ihren Einfluß auf die Stadt- und Kreisverwaltung sogar den Beschwerden dieses Komitees; die Arbeitervertreter haben alle die Möglichkeit. Dies hält es allerdings nicht davon ab, alle ihre Entscheidungen in arbeitgeberfeindlichen Sinne zu treffen.

Der Bezirksleiter Koster stellte fest, daß auf Grund des ne-

gativen Spruches des Lohnamtes die einzelnen Ortsvereine ihre Leute aus den Betrieben herausgezogen haben, und so die Aussperrung seitens der Unternehmer in der ganzen Provinz provoziert hätten.

Ohne die Kollegen zum entschlossenen Kampf aufzurufen, ohne einen klaren Weg für die Zukunft zu geben, schloß dieser Arbeitersammler, dem jeder Konflikt mit den Unternehmern ein Grauel ist, seinen Bericht.

Die Bauarbeiterstation der U.A.P.D. stellte dann folgenden Antrag:

Da die Aussperrung eine gemeinsame der Zimmerer und Konter ist, möge die Versammlung beschließen, eine öffentliche Bauarbeiter- und Zimmerer-Versammlung einzuberufen, um die Willkür der Unternehmer vor aller Öffentlichkeit zu brandmarken.

Der Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes, Meißner, würgte jedoch diesen Antrag ab mit der Begründung, daß man in der jetzigen Situation noch nicht die Öffentlichkeit beunruhigen solle.

Demgegenüber müssen die Streikenden verlangen, daß zur erfolgreichen Durchführung des Kampfes alle Arbeiterkategorien interessiert werden müssen. Denn der Kampf der Bauarbeiter ist auch ihr Kampf. Wenn jetzt die Bauarbeiter im Kampfe unterliegen, dann werden die Unternehmer in ihrer brutalen Frechheit weitergehen und eine Arbeitergruppe nach der anderen mit ihrem Lohnabbau jegnen. Reife denn je zeigt sich die Notwendigkeit, daß die Arbeiter eine geschlossene Front zu bilden haben, um mit eiserner Kraft dem brutalen Vorgehen der Unternehmer einen ehernen Damm entgegenzustellen.

Achtung! Der kommunistische Landarbeiter Nr. 12 ist erschienen. Aus dem Inhalt: Die Rechte vom Eskoplag pressen des Confer Schloßnam. — Zum Kongress der kommunistischen Internationale. — Die Reichslandlauerer. — Landarbeiterstreiks in Oberbayern. — Landarbeiterinnenstreik. — Russland. — Steuerfragen für Agrarier. — Jeder deutsche muß Schnaps kochen! — Gewerkschaftliches. — Für die Landarbeiterinnen. — Rufft auf! — Literatur. — Ausgabe. — Genossen, werbt für den „kommunistischen Landarbeiter“.

Versammlungskalender

Dienstag, Freitag, den 1. Juli, abends 7 Uhr: Außerordentliche Bezirksversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
Der Bezirksleiter.

Verantwortl. Redakteur: Felix Sommerfeld, Berlin. — Verlag: G. J. Verlag, G. m. H., Berlin. Druck: Felix W. S. G. m. H., Berlin G. 14.

Arbeiter Schlesiens!

bildet den bewaffneten Selbstschuß des Proletariats!

Orgeßch kommt!